

10.10.06
Baslerstaby

Aktuell

Illegal in Basel

Putzen im Verborgenen

Trotz Legalisierungsmöglichkeiten – Sans-Papiers haben kein Bleiberecht.

■ Claude Bühler

Die Studie heisst «Sektoranalyse – Externe Hausarbeitsleistung in Basel-Stadt». Erstellt hat sie die Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen aufgrund der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung und des Basler Familienberichts. Das 28-Seiten-Dokument liegt seit Mai 2007 vor. Dass Tausende von Sans-Papiers in Basel arbeiten sollen, wie die Studie schätzt, wird durch frühere Erhebungen gestützt, so durch eine Studie der Gesellschaft für praktische Sozialforschung (gfs) aus dem Jahr 2005: 70 bis 100 Prozent von 5000 Basler Sans-Papiers seien berufstätig.

Erschrocken über Studie
«Der hohe Anteil an Sans-Papiers bei Putzfrauen ist erschreckend», zeigt sich Gewerbedirektor und FDP-Nationalrat Peter Malama entsetzt und konstatiert Handlungsbedarf. So hat der Gewerbeverband per Januar 2008 die Zentrale Abrechnungsstelle für Sozialversicherungen (ZAS) ausgebaut, über die Ausländer unbürokratisch auch zu Arbeitsbewilligungen kommen können. Aber

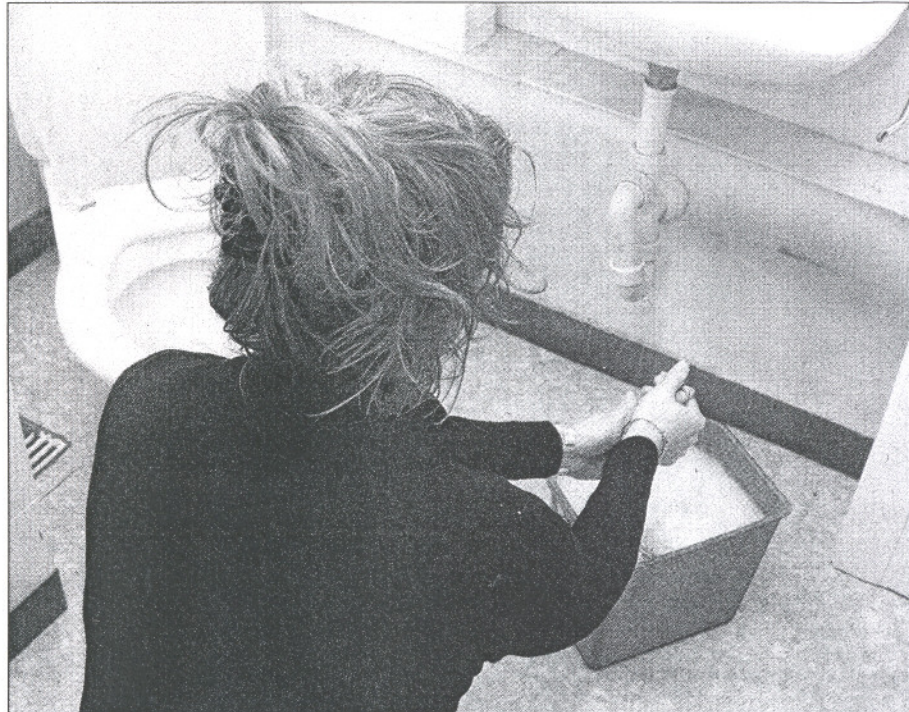
für Sans-Papiers ohne Aufenthaltsbewilligung sieht Malama politisch kaum eine Chance: «Leute, die illegal hier sind, müssen gemäss den bestehenden Gesetzen gehen.»

Gefahrlos anmelden

Auch Basta-Grossrat Urs Müller sieht Handlungsbedarf. «Die Arbeitgeber müssen Sans-Papiers-Angestellte gefahrlos und ohne Papierkrieg bei Sozialversicherungen anmelden können», erklärt er. Diese Möglichkeit besteht bereits. «Aber sie wird von Arbeitgebern aus Angst vor Datenweitergabe an die Polizei kaum genutzt», so Pierre-Alain Niklaus von der Basler Anlaufstelle für Sans-Papiers.

Aufgrund der gfs-Studie hat Grossrätin Karin Haeblerli Leugger (Grünes Bündnis) im September 2005 in einem Anzug gefordert, die Basler Regierung solle sich für eine kollektive Regularisierung der Sans-Papiers beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement einsetzen. Der Anzug steht noch immer.

Lesen Sie morgen im Baslerstaby: Das Leben der Sans-Papiers «Maria» (41) in Basel.



Monatslohn von Sans-Papiers in Basel-Stadt: 370 bis 2400 Schweizer Franken. Foto: Martin Tön

Ihre Meinung interessiert uns

Was meinen Sie? Soll die Schweiz gemäss Empfehlung des Europarats eine kollektive Regularisierung mit Begleitprogrammen durchführen? Will heissen: Soll die Schweiz jenen Sans-Papiers eine Aufenthaltsbewilligung erteilen, wenn diese seit mehreren Jahren in der

Schweiz leben und in einem Arbeitsverhältnis stehen? Schreiben Sie uns Ihre Meinung und senden Sie ein E-Mail an: redaktion@baslerstab.ch oder einen Brief an Baslerstab, Redaktion, «Sans-Papiers», Schlüsselberg 4, 4001 Basel.

Baslerstab wird einen Teil der Zuschriften veröffentlichen, hält sich aber Kürzungen vor. Ein Anrecht auf Veröffentlichung besteht nicht. Bitte fassen Sie sich kurz. Beleidigende oder anonyme Zuschriften landen im Papierkorb. *staf*

5000 Sans-Papiers in Basel, 90 000 in der Schweiz!

Mit Sans-Papiers, französisch für «ohne Papiere», werden Personen ohne Aufenthaltsbewilligung bezeichnet. Laut einer vom Bundesamt für Migration in Auftrag gegebenen Studie (gfs-Studie, 2005) halten sich derzeit schätzungsweise 90 000 Sans-Papiers in der Schweiz auf, davon 5000

Da ihnen bei Polizei-Aufgriff die Ausschaffung droht, leben die meisten unauffällig und schlagen sich mit Schwarzarbeit in Haushalten, auf dem Bau, bei Umzugsunternehmen und auch mit Prostitution durch. Die meisten bereisen die Schweiz wie als Touristen oder sie tauchen nach ei-

entscheid unter. Ein geringerer Anteil kommt mit Schleppern nach Europa. Sans-Papiers haben ein Anrecht auf Krankenversicherung, Zivilstandsänderung sowie Einschulung bei obligatorischen Schulen. Die Schweiz hat bislang nur in Einzelfällen einer Sans-Papiers-Person eine Aufenthaltsbewilligung

erteilt. Eine kollektive Regularisierung, beispielsweise aller, die sich seit über zehn Jahren in der Schweiz aufhalten, hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, auch auf kantonale Anläufe hin, abgelehnt. Der Europarat hat Regularisierungen empfohlen und auf Sanierung von

sen, das 570 000 Sans-Papiers unter Begleitprogrammen mit Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen versah. Fast alle europäischen Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Belgien, Grossbritannien oder die Niederlande, führten bereits kollektive Regularisierungen durch. *staf*